

Wer macht ii

sich der Genosse Fedler verantworten. Die Kreisleitung Templin hat nach den Weisungen des IV. Parteitagcs gehandelt:

„Aufgabe der Partei und der staatlichen Organe ist es, den Genossenschaftsbauern zu helfen, zeitweilige innere Schwierigkeiten in kameradschaftlicher Weise zu überwinden, wobei die Bestimmungen des Statuts der* LPG stets streng einzuhalten sind.“ (Aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den IV. Parteitag.)

Zur Verwirklichung der Demokratie innerhalb der LPG müssen die Parteiorganisationen von ihrem im neuen Statut der Partei betonten Recht Gebrauch machen, ständig die Tätigkeit der Leitung der LPG zu kontrollieren und den richtunggebenden Einfluß auf die Weiterentwicklung der Genossenschaft ausüben. Die Aufgabe der Parteiorganisation, Motor in der Genossenschaft zu sein, liegt also in der Richtung, den demokratischen Charakter der Genossenschaft aufzuzeigen und die innergenossenschaftliche Demokratie ständig zu entwickeln.

Die Partei- und Staatsfunktionäre haben die Aufgabe, alle LPG bei der Entwicklung eines regen innergenossenschaftlichen Lebens aktiv zu unterstützen. Alle unsere LPG müssen in die Lage versetzt werden, den werktätigen Einzelbauern das Beispiel der Demokratie zu geben und sie von der Richtigkeit und den großen Vorteilen der genossenschaftlichen Produktion zu überzeugen.

Der überwiegende Teil unserer Genossenschaftsbauern hat die große Bedeutung der LPG bei der weiteren Demokratisierung des Dorfes verstanden. Viele von ihnen arbeiten in den Volksvertretungen, den verschiedensten Kommissionen, den Ausschüssen der VdgB (BHG) und in der Nationalen Front aktiv mit. Von der LPG in Zellendorf, Kreis Jüterbog, arbeiten vier Genossenschaftsbauern in der Gemeindevertretung und 26 LPG-Mitglieder in 11 Kommissionen der Gemeinde mit.

Die Mitarbeit der Genossenschaftsbauern an der demokratischen Verwaltung der Gemeinde soll aber auch die anderen Werktätigen des Dorfes beeinflussen, ebenfalls an der demokratischen Entwicklung mitzuarbeiten. Das Beispiel ihres genossenschaftlichen Lebens, ihre aktive Mitarbeit am besseren Leben der Gemeinde wird alle Dorfbewohner anspannen, gleichfalls mitzumachen.

Produktionsgenossenschaften, die die Arbeit innerhalb der Gemeindevertretung, den Ausschüssen und Kommissionen unterschätzen, erleichtern dadurch den feindlichen Kräften, der demokratischen Entwicklung im Dorf entgegenzuarbeiten.

Unsere Genossenschaftsbauern haben gerade bei der Durchführung der Volksbefragung bewiesen, daß sie den Inhalt und die Bedeutung der Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik verstanden und den größten Feind der Demokratie, den deutschen Militarismus, erkannt haben. Sie legten deshalb ein eindeutiges Bekenntnis für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und die Erhaltung des Friedens ab. Die Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften — die Vorbilder des demokratischen Lebens auf dem Dorfe — haben die besten Möglichkeiten, alle Werktätigen auf dem Lande über die Errungenschaften unserer Arbeiter- und Bauernmacht aufzuklären und alle Bewohner des Dorfes zur Abgabe ihrer Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front zu gewinnen. Die Vorbereitungsarbeiten zur Volkswahl am 17. Oktober 1954 wird mit dazu beitragen, die Demokratie auf dem Lande weiter zu festigen.

Die Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive Front des amerikanischen Imperialismus und die damit verbundene Remilitarisierung setzt neben der Beseitigung aller wahrhaft demokratischen Rechte des Volkes die Irreführung und Verhetzung der Massen voraus. Presse, Film, Funk und alle anderen Mittel zur Massenbeeinflussung werden ganz in den Dienst dieser Aufgabe gestellt.

In den ersten Jahren nach der Beseitigung des faschistischen Hitlerregimes gab es in Westdeutschland unter den Lizenzträgern der Presse eine Reihe aufrichtiger Antifaschisten, Demokraten und fortschrittlicher Menschen, denen die beschlagnahmten Verlagsgebäude und Druckereien der ehemaligen Nazizeitungen zur Verfügung standen. Aber bereits 1946 wurden viele von ihnen durch die westlichen Besatzungsmächte, die sich die Verfügungsgewalt Vorbehalten hatten, systematisch entfernt und die Verlage gezwungen, hohe Summen für Pacht und Miete an die Naziverleger zu zahlen.

Als dann im Jahre 1949 die Lizenzpflicht für die Tageszeitungen abgeschafft wurde, erhielten die nazistischen Verleger und Kriegsverbrecher wieder freie Verfügungsgewalt über die Verlagsgebäude, Druckereien und Verlagsrechte. Mit Unterstützung der amerikanischen Militärregierung und auf Grund ihrer Machtstellung gelang es ihnen, viele Lizenzzeitungen wieder zu übernehmen. Wo ihnen das nicht gelang, gründeten sie mit großem Kapitalaufwand neue Zeitungen und Konzerne. Die neofaschistischen Zeitungen schossen wie Pilze aus der Erde. Diese Entwicklung führte dazu, daß unter den 750 in Westdeutschland erscheinenden Zeitungen (Kopfbblätter, daneben gibt es noch viele örtliche Ausgaben) nur neun kommunistische, lediglich etwas über zwanzig sozialdemokratische und die übrigen fast alle entweder offen kapitalistische Blätter sind oder solche, die unter der Maske der „Überparteilichkeit“ alle reaktionären Tendenzen fördern. Jeder sieht, von wem also die öffentliche Meinung „gemacht“ wird. In Presse, Rundfunk und Film stiegen wieder die ehemaligen Propagandisten des Dritten Reiches ein. Damit wurde in Westdeutschland der Weg für eine wüste Haß- und Revanchepolitik gegen die Sowjetunion und die Völker des Ostens frei.

Rassenhaß und Chauvinismus, Hetze gegen alle ehrlichen Demokraten, sind ein unentbehrlicher Bestandteil der ideologischen Kriegsvorbereitung. Planmäßige Überfälle auf die Einrichtungen der demokratischen Organisationen, Schändung von OdF-Gedenkstätten, von israelischen Friedhöfen und andere Terrorakte sind die ersten Folgen dieser Hetze in der Presse.

Führende Kreise der nordrhein-westfälischen FDP geben ein Wochenblatt „Die deutsche Zukunft“ heraus, dessen Chefredakteur der ehemalige HJ-Bannführer von Böhmen und Mähren, Siegfried Z o g l m a n n, ist. Dieses Blatt fordert zum Beispiel, daß die Untersuchungsmethoden des amerikanischen Senators McCarthy, mit denen die Vereinigten Staaten einer „rigorosen Entrötung“ unterzogen werden, auch in der Bundesrepublik angewendet werden.